

Bericht der Wintersession 2023

Sehr geehrte Frau Messner

Mit der Wintersession wurde die neue Legislaturperiode 2023-2027 eröffnet. National- und Ständerat haben in ihrer neuen Zusammensetzung eine intensive Debatte über das Bundesbudget 2024 und die Finanzplanung der Folgejahre geführt. Mit wenigen Ausnahmen unterstützte das Parlament die vom Bundesrat beantragten Querschnittskürzungen von 2 Prozent im Budget. Die schwierige Situation des Bundeshaushalts hat die Debatte geprägt und sie wird sicherlich auch Auswirkungen haben auf die Diskussionen über die BFI-Botschaft 2025-2028. Aber mit Blick auf eine mögliche Assoziierung der Schweiz am EU-Rahmenprogramm für Forschung und Innovation «Horizon Europe» gibt es einen Hoffnungsschimmer am Horizont.

Ich wünsche Ihnen eine gute Lektüre und frohe Festtage.

Petra Studer, petra.studer@netzwerk-future.ch

ENTSCHEIDE UND NEUIGKEITEN IM PARLAMENT

Die Teilnahme an Horizon Europe könnte bald möglich sein

Es kommt Schwung ins Europadossier! Am 15. Dezember 2023 verabschiedete der Bundesrat den Entwurf eines Mandats für Verhandlungen mit der Europäischen Union (EU) und einen Bericht über die Sondierungsgespräche. Mit dem Mandatsentwurf stellt er die Weichen für ein Verhandlungspaket zur Stabilisierung und Weiterentwicklung der bilateralen Beziehungen.

Der Bundesrat und die Europäische Kommission (EK) hielten die Ergebnisse der Sondierungsgespräche in einem technischen Dokument, dem «common understanding», fest. Darin sind die gemeinsamen Landezonen zu den einzelnen

Bereichen des Verhandlungspakets aufgeführt. Das erklärte Ziel des Bundesrates, eine schnellstmögliche Assoziierung an die EU-Rahmenprogramme für Bildung, Forschung und Innovation zu erzielen, ist darin klar abgebildet. So laufen seit Abschluss der Sondierungsgespräche im Rahmen von technischen Gesprächen bereits Arbeiten zur Schaffung eines Rechtsrahmens für die Assoziierung an das EU-Programm für Forschung und Innovation «Horizon Europe». Offizielle Assoziierungsverhandlungen können jedoch erst parallel zu den Verhandlungen über das Gesamtpaket der «Bilateralen III» starten.

Dank einer Übergangsregelung könnte den Forschenden in der Schweiz die Teilnahme an den Ausschreibungen des Europäischen Forschungsrats (ERC) bereits im Jahr 2024 ermöglicht werden. Die EK wird der Schweiz jedoch nur dann eine Förderfähigkeit gewähren, wenn eine Assoziierung an «Horizon Europe» in Sicht ist. Die Möglichkeit für Schweizer Forschende, einen ERC-Grant zu erhalten, hängt also auch von den Fortschritten der Diskussionen rund um die «Bilateralen III» ab. Dabei ist die Teilnahme am gesamten Programm in einem zweiten Schritt für das Jahr 2025 geplant. Auch diese beruht auf den Fortschritten der Verhandlungen zum Gesamtpaket.

Der Bundesrat gab den Mandatsentwurf bei den Aussenpolitischen Kommissionen des Parlaments (APK) und bei den Kantonen in die Konsultationen. Die Verhandlungen können beginnen, sobald der Bundesrat das Mandat endgültig genehmigt und auch die EU ein entsprechendes Verhandlungsmandat verabschiedet hat.



Medienmitteilung des Bundesrates vom 15. Dezember 2023

Voranschlag 2024 und Finanzplan 2025-2027: Keine weitere Kürzung bei der Forschungsförderung

Aufgrund der schwierigen Situation des Bundeshaushaltes kam es während der Wintersession zu intensiven Debatten rund um den Voranschlag 2024 und den Finanzplan 2025-2027 (**23.041**). Die eidgenössischen Räte diskutierten auch vier Anträge im Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI-Bereich). Die Mittel in diesem Bereich sind schwach gebunden, weshalb die meisten BFI-Institutionen von der vom Bundesrat beantragten Querschnittskürzung von 2 Prozent betroffen sind. Die vom Bundesrat vorgeschlagene Budgetierung für Hochschulbildung, Forschung und Innovation hat nach der Debatte im Parlament keine Änderungen erfahren. Der Nationalrat lehnte drei Minderheitsanträge seiner Finanzkommission für

Kürzungen der Mittel im BFI-Bereich ab. So beschloss die grosse Kammer mit 113 zu 79 Stimmen bei 1 Enthaltung, einen Antrag für einen Mitteltransfer von 70 Millionen Franken aus der Budgetposition der Institutionen der Forschungsförderung zugunsten der Berufsbildung (Lehrbetriebe) abzulehnen. Der Antrag zielte darauf ab, sowohl im Budget 2024 als auch in den Jahren 2025-2027 diesen Betrag bei den Geistes- und Sozialwissenschaften einzusparen. Der Nationalrat lehnte auch zwei weitere Kürzungsanträge bei den finanziellen Mitteln für internationale Mobilität in der Bildung und für die Stipendien an ausländische Studierenden in der Schweiz klar ab. Zwei Minderheitsanträge aus den Finanzkommissionen beider Räte forderten eine Aufstockung der Mittel zugunsten des ETH-Bereichs um 25 Millionen Franken. Nachdem der Antrag im Ständerat bei der ersten Beratung zurückgezogen wurde, lehnte die grosse Kammer den gleichlautenden Antrag mit 121 zu 70 Stimmen bei 2 Enthaltungen ab.

Nebst dem BFI-Bereich zählen auch die Armee und die Landwirtschaft zu den schwach gebundenen Ausgabenbereichen. Die beiden Räte waren sich bezüglich der Frist für die Erhöhung der Armeeausgaben auf 1 Prozent des Bruttoinlandprodukts (BIP) uneinig. Die Einigungskonferenz beantragte schliesslich, dieses Ausgabenziel erst bis im Jahr 2035 zu erreichen, und folgte damit der Position des Nationalrates. Zudem wurde eine Aufstockung um rund 17 Millionen Franken im Bereich der Landwirtschaft beschlossen. Im Asylbereich beschlossen die Räte hingegen Kürzungen um 30 Millionen Franken gegenüber dem Voranschlag des Bundesrates.



Protokoll des Ständerats vom 05. Dezember 2023



Protokoll des Nationalrats vom 07. Dezember 2023



Protokoll des Nationalrats vom 11. Dezember 2023

Initiative «European Universities»: Finanzierung der Beteiligung von Schweizer Hochschulen im Jahr 2023 gesichert

Die eidgenössischen Räte beschlossen im Rahmen des zweiten Nachtrags zum Voranschlag 2023 (**23.042**) die Finanzierung der Teilnahme an der Initiative «European Universities» (EUI) für das laufende Jahr. Der Nachtragkredit von 3,5 Millionen Franken und ein Zusatzkredit von 2,4 Millionen Franken sichern die Finanzierung für die Teilnahme von Schweizer Hochschulen an der EUI im Jahr 2023.

Erst seit dem Jahr 2022 können sich Schweizer Hochschulen an den Ausschreibungen im Rahmen der EUI beteiligen. Aus diesem Grund waren im Voranschlag 2023 keine Mittel für die Finanzierung der für eine Teilnahme auserkorenen Hochschulen budgetiert. Die EUI ermöglicht den Schweizer Hochschulen eine bessere Integration in den Europäischen Hochschulraum. Dies ist insbesondere vor dem Hintergrund der momentanen Nicht-Assoziierung der Schweiz an den Rahmenprogrammen für Bildung, Forschung und Innovation der Europäischen Union von grosser Bedeutung.



Protokoll des Ständerats vom 05. Dezember 2023



Protokoll des Nationalrats vom 11. Dezember 2023

Revidiertes Patentgesetz für den weltweit führenden Innovationsstandort Schweiz

Als Erstrat nahm der Ständerat die Änderungen des Patentgesetzes (**22.978**) mit 35 Stimmen ohne Gegenstimme und ohne Enthaltung an. Die kleine Kammer beschloss eine Änderung am Entwurf des Bundesrates und folgte damit dem einstimmigen Vorschlag ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-S). Sie fordert, die Beschwerdemöglichkeiten nicht einzuschränken. Der Bundesrat äusserte sich positiv zu dieser Anpassung.

Anhand der Revision des Patentgesetzes soll die Qualität und die Attraktivität des Schweizer Patentrechts im europäischen und internationalen Kontext erhöht werden. Die Teilrevision steigert die Position der Schweiz als weltweit führender

Innovationsstandort und soll in erster Linie den Schweizer KMU und Start-ups sowie den Innovatorinnen und Innovatoren dienen. Das Geschäft geht an den Nationalrat.



Protokoll des Ständerats vom 21. Dezember 2023

Ausländer- und Integrationsgesetz: Rückweisung an Bundesrat

Stillschweigend stimmte der Nationalrat dem Beschluss des Ständerats zu, eine Anpassung des Ausländer- und Integrationsgesetzes, welche die Zulassung für Ausländerinnen und Ausländer mit Schweizer Hochschulabschluss zum Schweizer Arbeitsmarkt erleichtern sollte, an den Bundesrat zurückzuweisen (22.067). Damit folgte die grosse Kammer auch der Empfehlung ihrer Staatspolitischen Kommission (SPK). Der Bundesrat soll die Vorlage nun überarbeiten und dem Parlament eine verfassungskonforme Erleichterung der Zulassung zum hiesigen Arbeitsmarkt für Ausländerinnen und Ausländern mit Schweizer Hochschulabschluss vorlegen.

Dieses Geschäft beruht auf einer im Jahr 2017 angenommenen Motion. Mit der vom Bund vorgeschlagenen Gesetzesänderung soll der aktuelle Mangel an Fachkräften in verschiedensten Branchen bekämpft werden.



Protokoll des Nationalrats vom 19. Dezember 2023

AUSSERDEM HABEN DIE PARLAMENTARIERINNEN UND PARLAMENTARIER ...



...im Ständerat die Parlamentarische Initiative «Planungsbericht über die Zusammenarbeit mit der EU in den Bereichen ausserhalb des Marktzugangs» (20.496) mit 25 zu 18 Stimmen bei 1 Enthaltung angenommen. Der Vorstoss fordert eine Ergänzung des Parlamentsgesetzes, wonach der Bundesrat der Bundesversammlung jeweils einen Planungsbericht bezüglich der zukünftigen Kooperation der Schweiz in den Programmen und Agenturen der Europäischen Union vorlegen muss.

Dadurch soll der Einbezug des Parlaments an europapolitischen Themen gestärkt werden. Mit dem Entscheid der kleinen Kammer ist die Gesetzesänderung beschlossen.

➔ ...im Ständerat das Postulat «Wie kann der Bedarf an spezifischen Pflegenden im Bereich Pädiatrie KJFF (Kinder, Jugendliche, Familie und Frau) sichergestellt werden?» (23.4170) mit 20 zu 23 Stimmen abgelehnt. Mit dem Postulat hätte der Bundesrat prüfen sollen, wie der Bedarf an spezifisch ausgebildeten Pflegenden im Bereich Pädiatrie gedeckt werden kann. Um den Fachkräftemangel in der pädiatrischen Pflege zu bekämpfen, sollten Bund und Kantone Lösungsansätze für spezifische Ausbildungen suchen. Das Geschäft ist somit erledigt.

➔ ...im Ständerat die Motion «Beteiligung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer an der beruflichen Vorsorge für Bundesangestellte an die Privatwirtschaft anpassen» (22.3959) sowie die Motion «Begrenzung der Pensionskassenleistungen für Bundesangestellte» (22.3960) mit 31 zu 10 Stimmen bei 2 Enthaltungen abgelehnt. Nachdem die grosse Kammer sich für die Annahme der Motionen ausgesprochen hatte, folgte die kleine Kammer dem Antrag des Bundesrates auf Ablehnung der Motionen. Somit können die Arbeitgeberbeiträge des Bundes an die berufliche Vorsorge beibehalten werden. Im Rahmen des aktuellen Fachkräftemangels bleibt der Bund weiterhin konkurrenzfähig und attraktiv. Diese Vorstösse sind somit erledigt.

VOM BUNDESRAT BEANTWORTET

➔ **Lancierung neuer nationaler Forschungsschwerpunkte im Bereich Klima, Energie und Biodiversität**

Motion (23.4297) von der Nationalrätin Meret Schneider (GPS).

Eingereicht am 29. September 2023.

Der Bundesrat hat am 22. November 2023 darauf geantwortet.



Ist der Bund bereit, mit den Kantonen Verhandlungen zu führen über temporäre Zusatzfinanzierungen von 2025 -2028 für den vom Bund ungenügend finanzierbaren BFI-Bereich?

Interpellation (23.4080) von Nationalrätin Patricia von Falkenstein (FDP).

Eingereicht am 27. September 2023.

Der Bundesrat hat am 22. November 2023 darauf geantwortet.



Initiative «European Universities». Welche Lösung gibt es für 2024?

Interpellation (23.4064) von Nationalrätin Simone de Montmollin (FDP).

Eingereicht am 26. September 2023.

Der Bundesrat hat am 22. November 2023 darauf geantwortet.



Erhöhung der Studienplätze in der Humanmedizin. Wie ist der Stand der Dinge?

Interpellation (23.4061) von Nationalrätin Simone de Montmollin (FDP).

Eingereicht am 26. September 2023.

Der Bundesrat hat am 29. November 2023 darauf geantwortet.



Fusion der ETH-Forschungsanstalten zu einer einzigen Rechtspersönlichkeit

Frage (23.7654) von Nationalrat Christian Wasserfallen (FDP).

Eingereicht am 19. September 2023.

Der Bundesrat hat am 25. September 2023 darauf geantwortet.



Geflüchtete und spät zugewanderte Personen im Lehrberuf

Interpellation (23.3992) von Nationalrätin Katharina Prelicz-Huber (GPS).

Eingereicht am 13. September 2023.

Der Bundesrat hat am 15. November 2023 darauf geantwortet.

NEU EINGEREICHTE VORSTÖSSE



Pilotprojekte zur Förderung von Innovation im Lebensmittelbereich (Experimentierartikel)

Motion (23.4369) von der Nationalrat Andreas Meier (Mitte).

Eingereicht am 11. Dezember 2023.



Steht die Schweiz zum Schutz des geistigen Eigentums?

Anfrage (23.1062) von Nationalrätin Patricia von Falkenstein (FDP).

Eingereicht am 20. Dezember 2023.



Das Problem des Ärztenachwuchses in der Schweiz: ein aktuelles Thema.

Interpellation (23.4399) von Nationalrat Benjamin Roduit (Mitte).

Eingereicht am 20. Dezember 2023.



Innovation und Industrialisierung im Bereich der neu entstehenden Technologien

Interpellation (23.4419) von Nationalrätin Isabelle Chappuis (Mitte).

Eingereicht am 20. Dezember 2023.

Wiederverwendung der Artikel unter Quellenangabe erlaubt.

KONTAKT

Netzwerk FUTURE

Münstergasse 64/66, 3011 Bern

Tel. 031 351 88 46

info@netzwerk-future.ch

www.netzwerk-future.ch

Das Netzwerk FUTURE umfasst Partner aus Hochschulen, Wissenschaft und Politik.
Es fördert die Unterstützung für den Bereich Bildung, Forschung und Innovation (BFI)
und den Dialog zwischen Politik und Wissenschaft.

22. Dezember 2023
